V. Ueber Kanzler und Kanzlei des Königs Wenzel in den Jahren 1378—1400.

Von

Dr. Theodor Lindner,

Professor an der k. Akademie in Münster.

So gross auch die Zahl der erhaltenen Urkunden aus der Regierungszeit Wenzels ist, so bietet doch die Feststellung der Kanzleiverhältnisse vorläufig noch manche Schwierigkeiten. Es sind fast allein die Unterfertigungen der Urkunden, die Kanzleinoten unter dem Texte, welche uns Auskunft gewähren können; aber diese wurden in den Drucken nur zu oft ganz weggelassen, selbst noch in neuerer Zeit begehen Herausgeber von Urkundenbüchern diesen Fehler. Manchmal sind die Kanzleinoten zwar mitgetheilt, aber unglaublich entstellt oder verstümmelt; doch lässt sich da gewöhnlich auf Grund anderweitigen Materiales das Richtige erkennen ¹⁾. Noch liegt ferner ein nicht geringer Theil der Urkunden Wenzels unbekannt in den Archiven und harret der Veröffentlichung. Gleichwohl reicht das Vorliegende aus, 'um wenigstens die Reihe der Kanzler und die Zeit ihrer Amtsthätigkeit festzustellen und einige allgemeine Bemerkungen zu machen.

Wie Wenzel die Grundsätze der väterlichen Politik als Erbtheil erhielt, so blieben auch die äusseren Einrichtungen im Reiche und

¹⁾ So ist in den Forschungen XVIII, 217 statt: Per dominum magistrum curie per Joannem zu lesen: Petrus Jaurensis; statt: Per dominum Pethonem de Eyascolowitz Martinus Sueymen Dathu zu lesen: Per d. Pothonem de Chastalowicz Martinus Snoymensis archidiaconus.

in Böhmen in der Weise bestehen, wie Karl IV. sie geschaffen hatte. Der Kaiser konnte die letzten Jahre seines thätigen Lebens benutzen, um den Sohn, dem er die Nachfolge verschafft, in das Regiment einzuführen; ohne Störung ging dann der Herrschaftswechsel vor sich. Auch die Kanzlei behielt ihren früheren Stand und ihre bisherige Einrichtung.

Das Kanzleiwesen Karls IV. war bisher so gut wie unbekannt, und die Bemerkungen, welche Friedjung in seinem Buche: Kaiser Karl IV. und sein Antheil am geistigen Leben seiner Zeit, Wien 1876, S. 96 ff. über dasselbe gemacht hat, sind wenig eingehend und nicht überall zutreffend. Erst in neuester Zeit hat Alfons Huber in den »Regesten des Kaiserreichs unter Kaiser Karl IV.« in der Einleitung S. XXXVI ff. höchst dankenswerthe Zusammenstellungen gegeben und manche werthvolle Resultate gewonnen. Es war mir sehr lehrreich, die Untersuchungen, welche ich in gleicher Weise schon vor längerer Zeit über die Kanzlei Wenzels gemacht hatte, mit denen Hubers zusammenzuhalten und zu vergleichen.

Dabei ist mir aufgefallen, dass Huber einen wichtigen Punkt übersehen hat.

Die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier führten Würde und Titel der Erzkanzler für Deutschland, Italien, Gallien und Burgund, freilich ohne mit den eigentlichen Kanzleigeschäften etwas zu thun zu haben. Doch war letzteres auch in den früheren Jahrhunderten der Fall gewesen, und die Kanzler recognoscirten daher meist: vice et nomine des Erzkanzlers. Wenn das aber die gewöhnliche Form der Urkundenbeglaubigung war, so erscheint sie unter Karl nur in vereinzelter, wenn auch bei der grossen Masse der erhaltenen Urkunden zahlreichen Fällen. Diese unterliegen jedoch einer bestimmten Regel: die Urkunden tragen dann die alte feierliche Beglaubigungsformel, wenn sie mit der Goldbulle versehen sind. Ihrem Inhalte nach sind es meist grosse Privilegienbestätigungen; die mentio sigilli lautet gewöhnlich: sub bulla aurea tipario nostre majestatis impressa, oder deutsch: mit unser keiserlichen gulden bulle. Allerdings muss ich gleich meine Behauptung etwas beschränken: noch nicht in den ersten Jahren Karls erscheint die Erwähnung des Erzkanzlers in der Unterschrift regelmässig verbunden mit goldener Bulle, und ausgenommen sind überhaupt Urkunden, welche für Italien ausgestellt sind. Soweit ich urtheilen kann, scheinen für italienische Personen oder Ortschaften gegebene Diplome vielfach im Namen

des Erzkanzlers erlassen worden zu sein, ohne dass sie deswegen mit Goldbulle versehen wurden ¹⁾).

Urkunden für Deutschland, versehen mit der Unterschrift des Kanzlers an Stelle des Erzkanzlers, aber nur das Wachssiegel tragend, sind das Privileg für den Würzburger Clerus vom 24. Nov. 1347, die Belehnungsacte für den Markgrafen Waldemar von Brandenburg vom 2. Oct. 1348 und die grosse Privilegienbestätigung für die Stadt Aachen vom 25. Juli 1349, bei Huber 453, 764 und 1080.

Vom Jahre 1352 ab finden sich die bezeichnete Form der Unterfertigung und die Besiegelung mit goldener Bulle regelmässig zusammen, soweit wenigstens die Bemerkungen Hubers ein Urtheil gestatten oder ich selbst die Sache festzustellen vermochte. Ich kann eine stattliche Reihe von Belegen anführen: 1488. 1807. 2296. 2318, 21, 81. 2410, 69, 99. 2537, 61, 97. 2639, 40, 84, 85, 90. 2756. 2820, 63. 3006. 3169. 3715. 4126, 59, 71, 74. 4280. 4367, 70. 4647, 72. 4769. 5032. 5159. 5474. 5588. 5603, 10. 5727. 5834, 57, 58. 6174. 6262. Wir wissen nun freilich durch Fickers Beiträge zur Urkundenlehre, dass die kaiserliche Kanzlei nicht mit einer so ausserordentlichen Regelmässigkeit arbeitete, wie man früher voraussetzte; daher mag es wohl auch einzelne Urkunden geben, welche von der oben aufgestellten Regel abweichen, ohne sie deshalb als im Princip unrichtig darzuthun.

Merkwürdiger Weise haben wir von Wenzel weder Urkunden mit Goldbulen, noch mit der Unterschrift des Erzkanzlers oder seiner Stellvertretung; mir wenigstens ist keine bekannt.

Am Hofe Wenzels gab es jederzeit nur Einen Kanzler, der auch wirklich die Geschäfte führte. Der König ernannte ihn nach freiem Belieben, doch nahm er ihn ausschliesslich aus dem geistlichen Stande.

¹⁾ Vgl. bei Huber Nr. 326—328 aus dem Jahre 1347; 1947, 1955, 1963, 1966, 2031, 2103, 2125, 2133, 2149, 2159, 6119—6130 aus den Jahren 1354—1355; 4683, 4718—4721 aus den Jahren 1368—1369. Daneben mit Goldbulle 2114, 2124, 6142 aus dem Jahre 1355; 4672 aus dem Jahre 1368 und andere. — Ich bemerke, dass ich mich bei diesen Anführungen meist nach den Angaben Hubers gerichtet habe; die wenigsten der erforderlichen Urkundenbücher sind mir hier in Münster zugänglich.

Karl IV. hatte zum Kanzler seines Sohnes den Bischof von Meissen, Johann von Jenzenstein, ernannt, wie dieser selbst erzählt¹⁾. Als dessen Oheim, der würdige Erzbischof von Prag und Cardinal Johann I. Oczko von Wlaszim, im Frühjahr 1379 seine erzbischöfliche Würde niederlegte, folgte ihm Johann von Jenzenstein, blieb aber auch in dieser hervorragenden Stellung Kanzler des Königs. Abgesehen von den Urkunden haben wir sein eigenes Zeugniß dafür. In einem Briefe, der im Mai 1380 geschrieben ist, klagt er, dass die Kanzlei nur wenig Ertrag böte²⁾, er erhebt ferner noch lange Jahre später Ansprüche auf Entschädigung für Verluste, welche er einst als Kanzler des Königs bei einem Tumulte in Nürnberg erlitten hatte³⁾. Aber bald trübte sich das Verhältniss zwischen König und Erzbischof, es kam zum völligen Bruche, in Folge dessen Johann im Juni 1384 von der Kanzlerschaft zurücktrat oder derselben vom Könige enthoben wurde⁴⁾.

An seine Stelle kam Bischof Lambert von Bamberg, der stets dem Hofe sehr nahe gestanden hatte und dem Könige werth war; als Kanzler tritt er zuerst am 25. Juli 1384 entgegen⁵⁾. Er begleitete den König auf dessen Fahrt in's Reich und nach Luxemburg. Aber mit dem Ende des Jahres trat er bereits zurück; zum letzten Male erscheint er als Kanzler am 16. November 1384 in Mainz⁶⁾. Zerwürfnisse mit dem Könige scheinen ihn nicht zum Abschiede bestimmt zu haben, da er auch nachher vielfach in dessen Diensten thätig ist.

Bei Wenzel trat mehr und mehr die Neigung hervor, seine Räthe aus geringem Stande oder doch wenigstens aus dem niederen Adel heranzuziehen, wie sehr er auch damit Anstoss erregte. So erhob er jetzt zum Kanzler den Propst von Lebus Hanko. Im Jahre

¹⁾ Sic paucis interjectis diebus fui per eundem imperatorem serenissimi Wenceslai regis filii sui cancellarius institutus. Joh. de Genz. arch. Prag. relatio de se ipso bei Hoefler Geschichtschreiber der hussitischen Bewegung in Böhmen, in Fontes rer. Austr. VI, 13. — Ueber Johann von Jenzenstein vgl. meine Geschichte des deutschen Reiches unter der Regierung des Königs Wenzel II., 177 ff. und Loserth Der Codex epistolaris des Erzbischofs von Prag Joh. von Jenzenstein im Archiv für österreich. Gesch. LV, 265 ff. — ²⁾ Loserth a. a. O. 312. — ³⁾ Acta in curia Romana bei Pelzel I, Urk. S. 149. — ⁴⁾ Palacky Geschichte von Böhmen III, 1, 36. Die letzte Urkunde, in der er als Kanzler erscheint, ist vom 15. Febr. 1384, bei Pelzel I, Urk. Nr. 43, S. 64. — ⁵⁾ Reichstagsacten I, Nr. 244, S. 437. — ⁶⁾ Gudenus III, 578.

1382 wird er uns als Unterkämmerer von Böhmen genannt ¹⁾, im folgenden Jahre bemühte sich Wenzel, freilich vergeblich, ihm zum Bischofsstabe zu verhelfen, indem Lamprecht von Bamberg nach Aquileja versetzt werden, Hanco an dessen Stelle treten sollte ²⁾. Die erste Urkunde des neuen Kanzlers, welcher sich zunächst regelmässig: Hanco Lubucensis praepositus cancellarius schrieb, ist vom 11. Januar 1385 ³⁾.

Der König wurde jedoch nicht müde, für seinen Liebling zu wirken. Ende 1385 war das Bisthum Camin erledigt worden und dieses sollte Hanco zu Theil werden. Aber durchzudringen vermochte er nicht, und trotz der Regalienvertheilung, welche Wenzel am 7. Juni 1386 vollzog ⁴⁾, war der Titel das einzige, was er vom Bisthume behaupten konnte. Nachdem sich Hanco noch am 12. Mai in alter Weise mit seiner böhmischen Namensform und als Propst von Lebus unterzeichnet hatte, schreibt er sich unmittelbar am Tage nach der Belehnung, am 8. Juni, mit lateinischer oder deutscher Namensform: Johannes Caminensis electus cancellarius ⁵⁾.

Da inzwischen die Absicht des Königs, Johannes mit Passau zu versorgen, ebenfalls ohne jede Folge geblieben war ⁶⁾, machte letzterer, nachdem sein Gegner in Camin Anfangs 1394 gestorben war, einen neuen Versuch, dort seine Ansprüche zur Geltung zu bringen ⁷⁾. Wahrscheinlich legte er deshalb seine Stelle als Kanzler nieder, in der wir ihn am 29. December 1394 zum letzten Male treffen ⁸⁾.

Sein Nachfolger wurde Erzbischof Albrecht von Magdeburg, auf den der König seine Wahl lenken mochte aus Rücksicht auf die verworrenen Verhältnisse in der Mark Brandenburg. Nach Lichtmess zum Kanzler ernannt, stellte Albrecht am 16. März 1395 den Geleitsbrief für den Markgrafen Wilhelm von Meissen aus ⁹⁾. Der König beabsichtigte Anfangs, Albrecht als Gesandten an den Papst zu schicken, der den Erzbischof zum Patriarchen von Aquileja ernennen sollte ¹⁰⁾,

¹⁾ Stenzel Urk. zur Gesch. des Bisthums Breslau 340; Palacky III, 1, 36. —

²⁾ Meine Geschichte I, 406, 407. — ³⁾ Reichstagsacten I, Nr. 277, S. 506.

— ⁴⁾ Klemzin Diplom. Beiträge zur Gesch. Pommerns etc. 429. Er vermuthet irrig, dass Johann von dem Gegenpapste Clemens VII. durch König Wenzel seine Ernennung habe bewirken lassen. — ⁵⁾ Pelzel I, Urk. Nr. 50, S. 73; Reichstagsacten I, Nr. 288, S. 525. — ⁶⁾ Meine Geschichte II, 152. — ⁷⁾ A. a. O. 208. —

⁸⁾ Böhmer Cod. dipl. Moen. 772. — ⁹⁾ Meine Gesch. II, 208. — ¹⁰⁾ Palacky Formelbücher II, Nr. 48 u. 49, S. 57.

statt dessen ging er jedoch nach Frankreich, um über die Kirchenfrage zu verhandeln. Am 3. Juli war er in Nürnberg ¹⁾; am 16. Juli stellte er wahrscheinlich in Cambray — die Urkunde selbst hat den Ausstellungsort Karlstein, — in des Königs Namen ein Diplom aus, welches dem Bischofe Andreas die Regalien des Bisthums in absentia übertrug ²⁾. Ende August war er vermuthlich in Paris, da damals Karl VI. die Bündnissbriefe mit Wenzel erneuerte ³⁾.

Wann Albrecht von seiner Reise zurückgekehrt ist, wissen wir nicht, ebensowenig, warum ihm der König seine Würde so schnell wieder entzog. Schon am 3. December wird aus Prag berichtet, dass »der alte Kanzler wieder Kanzler geworden sei« ⁴⁾. Johannes war es wiederum nicht geglückt, in Camin Fuss zu fassen, wieder war ihm ein anderer, Bogislaw, der Sohn des Herzogs Bogislaw von Pommern-Stolp, zugekommen. Vergeblich rief der König des Papstes Beistand für seinen Günstling an ⁵⁾; Johannes musste wieder umkehren und sich sogar entschliessen, den Titel: Caminensis electus, den er bis dahin geführt, abzulegen: er nennt sich nun mit Hinzufügung seines Vaternamens nur: Johannes Brunonis Cancellarius. Die erste Urkunde, welche er so unseres Wissens vollzog, am 28. Dec. 1395, ist gegen seinen Vorgänger im Amte gerichtet. Eben die Regalienertheilung an den Bischof Andreas von Cambray, deren wir oben gedachten, welche Albrecht »protunc cancellarius noster« ausgestellt hatte, wird zurückgenommen, weil der Bischof dem Gegenpapste anhangt ⁶⁾. Aber seine Thätigkeit währte nicht lange; nachdem er am 19. März 1396 Sigmunds Ernennung zum Reichsvicar unterzeichnet ⁷⁾, schied er aus seinem Amte. Wahrscheinlich war er ein Opfer der Parteikämpfe am königlichen Hofe. Er scheint erst im Jahre 1409 gestorben zu sein; wenigstens wurden am 8. Mai dieses Jahres ziemlich reiche Legate bestätigt, welche bonae memoriae Hanko cancellarius olim D. Regis der Benedictkirche in Prag vermacht ⁸⁾. Beliebte war er wohl ebenso wenig, wie die übrigen Räthe des Königs, welchen unverhohlen der Vorwurf der Bestechlichkeit gemacht wurde. Ein Abgesandter der drei Collegiatstifte in Frank-

¹⁾ Reichstagsacten II, Nr. 245, S. 413. — ²⁾ Scheidt Bibliotheca hist. Götting. 175; über diese Urkunde siehe unten S. 171. — ³⁾ Pelzel II, Urk. Nr. 119, S. 7. — ⁴⁾ Reichstagsacten II, Nr. 246, S. 427. — ⁵⁾ Palacky Formelbücher II, 51. — ⁶⁾ Scheidt Bibl. hist. Götting. 175. — ⁷⁾ Reichstagsacten II, Nr. 247, S. 436. — ⁸⁾ Balbini Misc. dec. I. lib V, p. 148.

furt, welcher Anfang 1394 in deren Auftrage nach Prag reiste, beklagt sich sehr, dass ihm der Kanzler wenig freundlich entgegengekommen wäre; der Grund davon sei wohl, weil derselbe in Frankfurt nicht nach seinem Wunsch aufgenommen und geehrt worden sei ¹⁾).

Derselbe, welchen Johannes eben verdrängt hatte, trat wieder in seine Rechte ein; am 19. Mai 1396 urkundet von Neuem Albrecht von Magdeburg als Kanzler ²⁾). Auch die Magdeburger Schöppenchronik weiss von dieser zweiten Kanzlerschaft und setzt sie wohl mit Recht in Verbindung mit dem Wunsche des Königs, dadurch von dem Erzbischofe das eroberte Rathenow wieder zu erlangen ³⁾). Der Zweck wurde auch erreicht und der Mohr, der seine Schuldigkeit gethan hatte, konnte gehen. Nichts bezeichnet mehr die Verwirrung an dem königlichen Hofe, als dieser fortwährende Wechsel der Kanzler.

Wieder kam nun ein Liebling des Königs an die Spitze der Geschäfte, der sich auch dauernd behauptet hat. Es war Wenzel Kralik von Burzenic, Dechant auf dem Wisserad. Schon seit längerer Zeit stand er dem Könige als einflussreicher Rath zur Seite, er hatte sogar kein Bedenken getragen, der Folterung der Prälaten Pomuk und Puchnik beizuwohnen und war deswegen vom Erzbischofe Johann in den Bann gethan worden. Zum Kanzler ernannt, erhielt er den wichtigen Auftrag, mit einer grossen Gesandtschaft zu Papst Bonifacius IX. nach Rom zu gehen, um mit ihm über das Schisma zu verhandeln ⁴⁾). Geschmückt mit dem Titel eines Patriarchen von Alexandria kehrte er nach Böhmen zurück, zum ersten Male erscheint er als solcher in einer für ihn ausgestellten Verleihung des Papstes vom 13. April 1397 ⁵⁾). Ihm ging es besser als seinen Vorgängern;

¹⁾ Böhmer Cod. dipl. Moenofrancofurt. I, 770. — ²⁾ Zwei Urkunden in der Hist. Norimberg. dipl. 496 f. — ³⁾ Städtechroniken. Magdeburg I, 296. —

⁴⁾ Wenzel wird zum ersten Male Kanzler genannt in einer Urkunde vom 26. Oct. 1396, in welcher ihn nebst anderen Genannten der König beauftragt, dem Erzbischof Gregor von Salzburg in absentia die Regalien zu ertheilen (im Haus-, Hof-, und Staatsarchiv zu Wien). Der Geleithbrief für ihn nach Rom steht in einem Formelbuche, welches sich im Besitze der Stadt Schweidnitz befindet. — ⁵⁾ Palacky Formelbücher II, S. 63. Die Urkunde vom 15. März 1394 (Pelzel I, Urk. Nr. 97, S. 128), in welcher Wenzel bereits Patriarch und Kanzler genannt wird, ist vordatirt, da ihm der König erst am 17. März 1401 die in der betreffenden Urkunde erwähnte Gnade verlieh, Pelzel II, 437.

das ihm anvertraute Amt blieb ihm, so dass er die Reihe der Kanzler König Wenzels abschliesst ¹⁾).

Ueber das sonstige Kanzleipersonal ist weniger zu sagen. —

Eine gesonderte Kanzlei für Böhmen war nicht vorhanden, denn dieselben Personen stellen die auf dieses Königreich allein bezüglichen Schriftstücke aus, welche auch für das Reich thätig erscheinen. Nur in einem einzigen Falle bestand vermuthlich eine Ausnahme; die königliche Unterkämmerei, welche besonders die Finanzen zu verwalten hatte, scheint ihre besonderen Kanzleibeamten gehabt zu haben. Wenigstens führt der Unterkämmerer von Böhmen Sigmund Huler auch den Titel eines *supremus notarius regni Boemiae regalis* ²⁾, es gibt einen *protonotarius expensarum regalium* ³⁾, ebenso einen *protonotarius* und einen *notarius camere regalis* ⁴⁾. Abgesehen von Sigmund Huler, der als königlicher Rath auch Einfluss auf die weiteren Angelegenheiten hatte, finde ich keinen von ihnen in der grossen Kanzlei thätig.

Das Kanzleipersonal bestand aus Schreibern, Registratoren, Notaren und Protonotaren ⁵⁾.

Die Liste der Registratoren lässt sich nur lückenhaft feststellen, weil gerade der Registraturvermerk von den Herausgebern am ehesten übersehen und weggelassen wurde, da er in der Regel auf dem Rücken der Urkunden steht. Manchmal wird er auch nur durch das einfache Zeichen R oder Rm ohne Hinzufügung des Namens gebildet, nicht selten fehlt er auch ganz. Hin und wieder findet sich neben ihm die Bemerkung: *collatione facta*, besonders dann, wenn die Urkunde in mehreren Exemplaren ausgefertigt wurde.

¹⁾ In den Reichstagsacten II, 525 und III, 326 werden irrig der Graf Johann von Sponheim, der erwählte Bischof von Verden Konrad von Vechta und Nicolaus von Gewitz als Kanzler aufgeführt. — ²⁾ Palacky Formelbücher II, 116. —

³⁾ So nennt sich selbst Wenceslaus Colon, bei Pelzel I, Urk. Nr. 29, S. 48. —

⁴⁾ Andreas dictus Clamor bei Palacky Formelbücher II, 129 im Jahre 1393; ebenso unterzeichnet derselbe S. 142 ein Geldangelegenheiten betreffendes Schreiben der Königin Johanna. — Adam *notarius camere regalis* wird genannt bei Palacky Formelb. II, 143 und z. J. 1394 bei Pelzel I, Urk. Nr. 109, S. 138. — ⁵⁾ In einem Formelbuche (Palacky a. a. O. 54) findet sich ein Brief Wenzels, in welchem er des Papstes Wohlwollen erbittet für die *honorabiles protonotarii, registratores atque scriptores literarum nostrarum regalium*; wahrscheinlich nur Stilübung.

Nachweisbare Registratoren sind: Wenceslaus de Jenykow bis Ende 1386, Wilhelm Kortelangen bis August 1382 ¹⁾, Johannes Lust bis Sept. 1381, Jacob de Cremsir (Juli 1382 — Dec. 1384), Beness de Nachod (Dec. 1382 — Sept. 1383), Johannes Pflug (Mai bis Juli 1384), Franciscus de Gewicz (Jan. 1385 — Dec. 1386), Bartholomaeus de Novacivitate (März 1385 — Sept. 1397), Petrus de Wischow (Mai 1389 — Jan. 1398), Joh. de Budissin (1395), Wenceslaus de Olomucz (Aug. 1392 — Mai 1395), Johannes de Wratislavia (1391 bis Mai 1396), Johannes praepositus Northus. (Juli bis Nov. 1396), Johannes de Bamberg (vom Jan. 1398 ab über die Thronentsetzung hinaus).

Den Registratoren lag nicht bloß die Registrirung der Urkunden ob, gelegentlich schrieben und besiegelten sie dieselben auch und verrichteten damit die Arbeit, welche eigentlich den Notaren zukam. So hat Wilhelm Kortelangen die Urkunde Wenzels vom 9. Juni 1376 für den Papst selbst geschrieben und besiegelt ²⁾. Auch stand den Registratoren der Weg zum Notariat offen; von den oben Genannten sind sicher Petrus de Wischow, wahrscheinlich auch Beness von Nachod und Wenzel von Olmütz Notare geworden.

Die Notare und Protonotare lassen sich schwer auseinanderhalten; Protonotare waren sicher der Propst Nicolaus von Cambray, Konrad von Geisenheim, der Anfang 1379 Bischof von Lübeck wurde, und Petrus Jaurensis, alle drei in dieser Eigenschaft schon unter Karl IV. thätig. Nicolaus scheint schon nach den ersten Monaten des Jahres 1379 seine Stelle niedergelegt zu haben; Bischof Konrad von Lübeck, der im Mai 1386 starb, hat bis in den December 1384 und Petrus Jaurensis bis in das Jahr 1386 sein Amt versehen. Vermuthlich an die Stelle Konrads, zugleich mit dem neuen Kanzler Hanko, dem Konrad als Bischof sich ohnehin nicht gut unterordnen konnte, trat im Anfang 1385 Wlchnico von Weitenmül, durch dessen Hände dann die meisten Urkunden König Wenzels gegangen sind. Als publicus auctoritate imperiali notarius hatte er einst am 10. Juni 1376 das Notariatsinstrument über Wenzels Wahl verfasst und geschrieben. Obgleich es aus diesem Titel nicht folgt, scheint er doch schon damals der kaiserlichen Kanzlei angehört zu haben, da ihn wenige Tage später der neue König als »imperialium literarum ingrossatorem«

¹⁾ Er erscheint im Juni 1388 als Domherr in Olmütz, Reg. Bo. X, 225. —

²⁾ Reichstagsacten I, Nr. 71, S. 107.

beauftragt, die Urkunde über die Eidesleistung vor dem päpstlichen Legaten zu schreiben und mit dem königlichen böhmischen Siegel zu versehen. Wlachnico konnte jedoch, wie er selbst am Schluss der Urkunde angibt, indem er sich wieder publ. imp. auct. not. nennt, wegen der Last der Geschäfte das Alles nicht eigenhändig schreiben, sondern liess es durch einen Andern thun und beschränkte sich darauf, die Urkunde zu publiciren und mit seinem Notariatszeichen zu versehen. Später im September 1377 ist er in Tangermünde wieder als öffentlicher kaiserlicher Notar thätig ¹⁾; über seinen Verbleib in der Zwischenzeit wissen wir nichts. — Mit Sicherheit können wir noch Nicolaus von Gewitz, der von 1395 ab oft begegnet, als Protonotar verzeichnen; einmal wird auch in einem undatirten Schreiben Jacobus decanus Wissegrad. als *aulae regiae protonotarius* bezeichnet ²⁾).

In deutschen Schriftstücken nennt Wenzel seine Protonotare »oberste Schreiber«, in den Rechnungen der deutschen Städte werden sie als Unterkanzler, gelegentlich auch geradezu als Kanzler aufgeführt ³⁾).

Wahrscheinlich nur Notare waren zunächst Martinus, Archidiacon von Znaym und seit 1384 Scholasticus vom heil. Kreuz in Breslau. Sein Name tritt uns vielfach in den Urkunden entgegen bis in den Anfang 1388 ⁴⁾. Ferner drei aufeinanderfolgende Franciscus, deren erster von 1390 bis Ende 1394 sich Canonicus von Olmütz, der zweite in den Jahren 1395 und 1396 sich Propst von Nordhausen ⁵⁾, der dritte vom Juli 1396 ab sich Canonicus von Prag schreibt; möglich, dass es ein und dieselbe Person war, obgleich es nach den hierarchischen Rangverhältnissen kaum anzunehmen ist. Dann Benesch von Weitenmül im Jahre 1380, Johannes Beczlin 1384, die bereits erwähnten Beness von Nachod, Wenzel von Olmütz, der Domherr in Prag wurde, und Petrus von Wischow, welche sich von Registratoren zu Notaren aufschwangen.

¹⁾ Reichstagsacten I, 72, 136, 143; die Ausdrücke sind für den Kanzlei-gebrauch von Interesse. — ²⁾ Palacky Formelhücher II, 53. — ³⁾ Reichstagsacten II, Nr. 119, S. 236; Nr. 212, S. 364; III, S. 3; Nr. 123, S. 168; Nr. 48, S. 88. — ⁴⁾ Noch 1387 heisst er in den Nürnberger Stadtrechnungen nur: her Mertein in der Kanzlei, Reichstagsacten I, S. 540; doch ist er vielleicht Ende des Jahres Protonotar geworden. — ⁵⁾ Aus dieser Zeitbestimmung ergibt sich, dass Wenzels Schreiben in den Reichstagsacten II, Nr. 120 in 1395, nicht 1390 gehört.

Beim Hofgericht blieben die Beamten, welche schon unter Karl fungirt hatten, Sigfried Steinheimer und Konrad Bissing, die aber ausschliesslich als Registratoren auftreten, der eine bis 1384, der andere bis 1387; später Johann von Kirchen oder Kirchheim, der anfangs Registrator und Notar und zuletzt wohl sogar Protonotar war. In deutschen Urkunden und Briefen wird er Hofgerichtsschreiber, oder mit abgekürztem Ausdruck: Hofschreiber genannt.

Zwischen der Thätigkeit der Protonotare und der Notare lässt sich ein Unterschied bei dem vorliegenden dürftigen Materiale nicht feststellen. Dass auch die Protonotare gelegentlich — vielleicht nur bei sehr wichtigen Angelegenheiten — Urkunden schrieben, folgt aus der Unterschrift des Propstes Nicolaus unter dem Urbansbunde vom 27. Februar 1379: *De mandato domini regis Nicholaus Cameraensis prepositus scripsit* ¹⁾).

Wir kommen zu den Formen der Beurkundung selbst.

Die Kanzleiformen unter Wenzel sind im Grossen und Ganzen übereinstimmend mit denen, welche Huber für die Regierung Karls IV. nachgewiesen hat. Doch zeigen sie eine geringere Mannigfaltigkeit, nicht zum Nachtheil; die grössere Einfachheit spricht für eine klarere, einheitlichere Leitung der Geschäfte.

Principiell ist jede im Namen des Königs erlassene Urkunde zu betrachten als mit seinem Wissen und Willen, auf seinen ausdrücklichen Befehl ausgestellt ²⁾). Zum äusseren Zeichen wird das königliche Siegel entweder angehängen oder aufgedrückt, gewöhnlich auf dem Rücken. Dass der König jemals selbst unterschrieben habe, ist mir nicht bekannt; auch das Monogramm, welches unter Karl IV. vorkommt, scheint in Wenzels Urkunden völlig zu fehlen. Selbst in den Unterfertigungen wird keineswegs immer der ausdrückliche Befehl des Königs hervorgehoben, weitaus der grösste Theil derselben ist mit den Namen anderer Personen unterzeichnet.

Die Form, in welcher eine besondere Einwirkung des Königs ausgesprochen wird, ist eine dreifache. In der unmittelbarsten Weise geschieht es, wenn das Schriftstück unterzeichnet ist: *Rex per se* ³⁾). Mir sind für die Zeit bis 1400 nur drei Fälle bekannt. Am 13. December 1388 befiehlt so der König dem von Heideck, von dem er

¹⁾ Reichstagsacten I, Nr. 130, S. 240. — ²⁾ Vgl. unten S. 171. — ³⁾ Bei Karl IV. kommt, nach Hubers Zusammenstellungen zu schliessen, diese Unterschrift noch nicht vor.

gehört, dass er mit den Städten im Bunde sei, stillzusitzen und die Fürsten nicht anzugreifen ¹⁾; am 11. November 1396 befiehlt er den lausitzischen Städten, das in feindlichen Händen befindliche Schloss Ronow anzugreifen ²⁾; am 3. November 1397 unterzeichnete er so den berüchtigten Erpressungsbrief an Rotenburg ³⁾. Dazu will ich noch einige Fälle aus der späteren Zeit heranziehen. Am 12. September 1400 beglaubigt Wenzel mit dieser Unterschrift, unter Beidrückung seines Siegelringes, zwei Gesandte an Frankreich ⁴⁾; die drei Urkunden, welche der König während seiner Gefangenschaft in Wien im Jahre 1403 ausstellte, tragen dieselben Worte ⁵⁾. Gewiss soll mit dieser Formel der unmittelbaren persönlichen Entschliessung des Königs Ausdruck verliehen werden.

Die Formel: *per dominum regem N.* (Namen der beurkundenden Kanzleiperson) erscheint nur vereinzelt, und soweit ich sehe, nicht über das Jahr 1382 hinaus. Nicolaus, Martinus und der Bischof Konrad sind die Gegenzeichnenden.

Des königlichen Befehls wird in der Regel gedacht in der Formel: *ad mandatum*, oder seltener: *de mandato domini regis*.

In verstärkter Weise: *ad mandatum domini regis proprium*, ohne Hinzufügung der Kanzleiperson, sind die beiden Urkunden vom 21. August 1383 unterzeichnet, welche die Ernennung des Markgrafen Jost zum Generalvicar in Italien betreffen ⁶⁾. Die grosse Wichtigkeit der Sache erklärt die abweichende Form.

Sonst wird immer der Name des vom Könige mit dem Vollzuge beauftragten Mannes hinzugefügt, also z. B.: *ad mandatum domini regis Petrus Jaurensis*.

Immer ist das eine der Kanzlei selbst angehörige Person, entweder der Kanzler oder ein Protonotar, selten ein Notar. In den ersten Jahren bis Ende 1384 sind es der Kanzler Propst Nicolaus, Bischof Konrad und Petrus Jaurensis, welche abwechselnd begegnen. Vom Beginn 1385 ab erscheint jedoch eine festere Regel: es ist hauptsächlich der Kanzler selbst, der neben dem Könige die Urkunde bezeugt. Von 81 Urkunden tragen nur 27 den Namen eines Protonotars oder Notars, und von diesen fällt ein grosser Theil in die

¹⁾ Cod. Arch. reg. Norimb. 278, fol. 42. — ²⁾ Carpzow *Analecta fast.* Zittav. V, 927 mit verstümmelter Unterschrift: *Dnus rex rer. sec.* — ³⁾ Vgl. Reichstagsacten III, S. 477. — ⁴⁾ Reichstagsacten III, Nr. 241. — ⁵⁾ Pelzel *Urk.* II, S. 89 bis 96. — ⁶⁾ Pelzel I, *Urk.* Nr. 38 und 39, S. 59.

Zeit zwischen dem Abgang des alten und der Ernennung des neuen Kanzlers, gelegentlich lässt sich auch die Abwesenheit desselben vom Hofe nachweisen. Man wird daher annehmen dürfen, dass gerade diese Form der Beurkundung eine grössere Bedeutung verleihen sollte. Es sollte damit bezeichnet werden, dass der König persönlich von der Sache Kenntniss besass, über sie entschieden und die Beurkundung angeordnet hatte.

Zuweilen wird in der Unterfertigung der königliche Rath (consilium) als auftraggebend erwähnt.

Einiges über denselben erfahren wir aus der Urkunde, in welcher Wenzel den Cardinal Pileus zum Mitgliede ernennt. Da heisst es: vos, amicum nostrum carissimum, non improvide sed animo deliberato et de certa nostra scientia, in principem consiliarium ¹⁾ nostrum cum provisione 20. marcarum Kutnensis numeri 58 grossos pro marca quolibet computando P. V. de camera nostra ubicumque vos ²⁾ esse contigerit, septimaniter et ebdomada qualibet, ad vitae nostrae duntaxat tempora solvendarum, assumpsimus et aliorum principum nostrorum consiliariorum coetui liberaliter aggregamus; decernentes et regio statuentes edicto, quod universis et singulis juribus privilegiis indultis et gratiis, quibus ceteri principes consilarii nostri utuntur et potiuntur quomodolibet et quae spectant ad officium hujusmodi consuetudine vel de jure, uti gaudere debeatis etiam et potiri. — In gleicher Weise führen deutsche Fürsten und Bischöfe den Titel eines königlichen Rathes ³⁾. Wenn sie gerade am königlichen Hofe verweilten, wurden sie auch wohl in den Rath herangezogen; im Grunde aber war der Titel nur eine persönliche Auszeichnung, der zugleich ein Jahrgeld einbrachte. Dagegen werden selbst einfache Ritter königliche Räte genannt, wie Hans von Biberstein, Edmund von Endelsdorf u. A. Ueberhaupt lassen sich eine grosse Anzahl von Personen als königliche Räte nachweisen; vor allen die grossen böhmischen Landes- und Hofbeamten. Ob besondere Räte für das deutsche Reich und das Königreich Böhmen bestanden, lässt sich nicht erkennen; aber er ist nicht wahrscheinlich, da wir die

¹⁾ Der Text bei Palacky Formelbücher II, Nr. 34, S. 49 hat zwischen principem und consiliarium fälschlich: et. — ²⁾ Palacky falsch nos. — ³⁾ Z. B. der Bischof Lambert von Bamberg, Nicolaus von Constanx, Graf Friedrich von Oettingen, die Burggrafen von Nürnberg, Markgraf Wilhelm von Meissen, Graf Philipp von Falkenstein u. s. w.

böhmischen Herren auch in Reichsangelegenheiten thätig finden. In den späteren Jahren Wenzels hatten ohnehin die von ihm emporgehobenen Günstlinge alle Geschäfte in den Händen. Wenn viele Herren nur den Titel trugen, so waren doch wieder andere dauernd als königliche Rätthe thätig, wie der Herzog Przemisl von Teschen, der Bischof Lambert von Bamberg u. s. w. Unzweifelhaft war der königliche Rath als eine ständige Einrichtung vorhanden, aber gewiss nach unseren Anschauungen von sehr unvollkommener Art. Man darf sich ihn nicht als ein festes, von einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern gebildetes Collegium denken; seine Zusammensetzung war vielmehr eine wechselnde, seine Thätigkeit nicht fest umgränzt. Manche Angelegenheiten wurden von der Gesammtheit berathen, aber den einzelnen Rätthen kam gewiss nicht, wie das heute der Fall ist, ein bestimmtes Decernat zu. Der König wird in vielen Fällen die Untersuchung und Begutachtung einer Sache, die Durchführung einer Massregel einem oder mehreren seiner Rätthe zugewiesen haben; manchmal mochte auch der Zufall entscheiden, je nachdem der Bittsteller einen der Rätthe angegangen hatte. Wieweit jedesmal des Königs Entscheid eingeholt, ihm das schliessliche Ergebniss zur Genehmigung und Bestätigung vorgelegt wurde, ist zweifelhaft; wir haben allen Grund anzunehmen, dass gelegentlich die Rätthe selbstständig, wenn auch in des Königs Namen verfügten.

Ueber den Geschäftsgang des königlichen Rathes und die Stellung des Königs zu demselben erfahren wir Einiges aus dem Berichte des Nicolaus von Caub, welcher Anfangs 1394 in einer Rechtssache nach Prag reiste. Der König war gerade durch die Anwesenheit von grossen Fürsten in Anspruch genommen: *nec aliquas legationes expedire voluit sive committere ante recessum dominorum praedictorum. — — in fine ergo prime septimane — — dominus noster rex consilio suo commisit, ut legationes ibidem presentes audirent sibi que earum effectum referrent. Quo facto dominus rex quoad negocium vestrum respondit, quod consilium deliberaret et quidquid fieri posset bono modo, ad hoc libenter consensum suum adhiberet. Fuitque negocium propter multa ibidem expedienda prorogatum. Medio vero tempore frequenter sollicitavi magistrum curie, dominum cancellarium et alios, de quorum promotione confidebam etc. etc.*¹⁾

Die Formeln, in denen der Mitwirkung des Rathes gedacht wird,

¹⁾ Böhmer Cod. dipl. Moenofrancof. 770.

sind verschieden. So ist die Erneuerung des Urbanbundes vom 4. Februar 1381 unterzeichnet: *ex deliberacione consilii*; die Verpflichtung Wenzels vom 2. Mai 1381, an König Richard von England eine bestimmte Summe zurückzuzahlen, erfolgt: *de mandato regis consilio referente*, eine Vollmacht des Königs zur Verhandlung mit den schwäbischen Städten vom 11. August 1384 ist ausgestellt: *ad mandatum regis et totius consilii* ¹⁾, die Verfügungen über Münze und Judenschulden vom Jahre 1390 sind erlassen: *ad mandatum totius consilii* ²⁾.

Wir haben damit den Uebergang gewonnen zu den königlichen Urkunden, deren Unterfertigung nicht den Befehl des Königs, sondern den Auftrag eines Zweiten enthält. Es sind da zwei Formen zu unterscheiden, einmal: *Ad relationem N.*, und die gewöhnlichste, welche die meisten Urkunden haben: *Per dominum N.* In den Urkunden Karls IV. kommen ebenfalls beide Unterfertigungen vor.

Es fragt sich zunächst, ob diese Formeln gleichbedeutend sind oder ob sich zwischen ihnen ein Unterschied feststellen lässt. Ficker ³⁾ und Huber, welche die allerdings sehr schwankenden Verhältnisse unter Karl IV. im Auge haben, sind der ersteren Meinung. Mir scheint jedoch für die Zeit Wenzels ein Unterschied zu bestehen, wenigstens in den späteren Regierungsjahren, in denen wir schon oben eine festere Ausbildung der Form fanden, nachweisbar. Allerdings erkenne ich nicht, dass ein völliger Abschluss der Frage sich nicht erzielen lässt, dass ein entschiedenes Ja! oder Nein! nach keiner Seite hin gesagt werden kann.

In beiden Fällen ist der an zweiter Stelle genannte Ausfertiger immer eine Kanzleiperson, aber nie der Kanzler selbst, sondern ein Protonotar oder meistens Notar, hin und wieder auch ein Registrator; nach dieser Richtung hin findet also ein Unterschied nicht statt.

Vergleichen wir dann die Liste der Personen, welche als Referenten genannt werden, mit denen, welche mit der Formel: *Per dominum N.* urkunden. Da zeigt sich, dass abgesehen von Ausnahmen, welche sich leicht erklären lassen, nur vereinzelte Personen sich beider Formeln neben einander bedienen. So besonders der

¹⁾ Reichstagsacten I, Nr. 162; Rymer III, 3, 116; Reichstagsacten I, S. 459, Anm. 10. — ²⁾ Reichstagsacten II, Nr. 150, 174, 175, 182, 183, 184, 186. Ueber diese Urkunden vgl. unten S. 168. — ³⁾ Beiträge zur Urkundenlehre II, 17.

königliche Rath, Münzmeister und später Oberstlandschreiber Cunat oder Konrad Kappler, der eben so oft als Referent, wie als Verfügender genannt wird; dann der magister curie Hermann von Chaustnik und Beness von Chaustnik, der Oberhofkämmerer, später Hauptmann in Schlesien war. Die letztgenannten erscheinen jedoch nur selten als Referenten.

Ausschliesslich als solcher erscheint Sigmund Huler, der seit 1387 Unterkämmerer von Böhmen war; die von ihm herrührenden sehr zahlreichen Urkunden tragen nur die Unterschrift: *ad relationem Sig. subcam. N.* Ebenso der bekannte Borziwoi von Swinar, oberster Hauptmann in Baiern, Landvogt im Elsass und in Schwaben, durch dessen Hand in dem letzten Jahrzehnt die meisten Reichsgeschäfte gingen und der einen ausserordentlichen Einfluss ausübte. Nur einmal heisst es: *Per dn. Guntherum com. de Swarczburg et Borz. de Swynar Franc. canon. Prag.*¹⁾; hier erklärt die Verbindung mit dem Schwarzburger die Abweichung. Ferner der Oberstburggraf und Lehnrichter Burkard Strnad von Janowitz, der seine grosse Gunst, die er beim Könige seit dem Jahre 1395 genoss, durch gewaltsamen Tod büssen musste²⁾, Hinzko Pflug (Pluh) und Hinzko von Weissenburg, Johann von Milheim, der Malteserprior Markold, der Hofkämmerer Stephan Poduska, Wenzel Kralic, ehe er Kanzler wurde. Sie alle sind bekannt als Günstlinge des Königs, der ihnen mannigfache Aemter gab. In dem Jahre 1379 erscheint auch Herzog Heinrich von Brieg³⁾ als Referent und 1391 Johann der erwählte Bischof von Merseburg⁴⁾. Auffallend ist, dass mit dem letzten Jahrzehnt die Zahl der *ad relationem* ausgestellten Urkunden ausserordentlich zunimmt.

Viel zahlreicher sind die Herren, welche sich ausschliesslich der Formel: *per dominum* bedienen. Am häufigsten tritt unter ihnen der Herzog Przemisl von Teschen auf, der vornehmste königliche Rath, Hofrichter und zeitweise Reichsverweser, neben ihm der Ober-

¹⁾ Am 11. Sept. 1397 in Angelegenheit der Elisabeth von Meissen. Original in Dresden. — ²⁾ Nur einmal, im Jahre 1379, finde ich: *per dn. B. de Jan.* Ob dies der im Texte erwähnte ist, ist ungewiss. — ³⁾ Pelzel I, Urk. 36. — ⁴⁾ In einer Thüringen betreffenden Angelegenheit, Reichstagsacten II, Nr. 205, welche Johann vermuthlich vermittelte. Das hier auffallende *ad relationem* erklärt sich, weil es sich um Judenschulden handelt, vgl. unten S. 168.

hofmeister Heinrich von Duba und Beness von Chaustnik ¹⁾, dann sämtliche Kanzler, der alte Cardinal von Prag, die Bischöfe Lambert von Bamberg ²⁾, Johann von Lebus und Johann von Leitomischl, die Markgrafen von Mähren Jost und Procop, und die Herzöge Johann von Görlitz, Johann von Troppau, der Landgraf von Leuchtenberg, die Grafen Johann von Sponheim und Günther von Schwarzburg, die böhmischen Barone Witko von Landstein, Potho von Chastalowitz, Thimo von Cholditz, die meist hohe Landesämter trugen, Chwal Burggraf von Wisserad, der Unterkämmerer und Burggraf Georg von Rostock. Nur einmal erscheinen der Herzog Friedrich von Baiern und der Baron Heinrich von Neuhaus. Man sieht, es sind zum grössten Theil hochstehende Männer, von höherem Range, als die ad relationem Urkundenden.

Gegenüber diesem Thatbestande kann man sich kaum der Annahme verschliessen, dass zwischen den beiden Beglaubigungsformeln ein innerer Unterschied besteht. Aber welcher Art ist derselbe? Er kann sich beziehen entweder auf den Inhalt der Urkunde selbst, oder auf die Person der Ausfertigenden.

Was heisst überhaupt das ad relationem, was bedeutet in diesem Zusammenhange: referre?

Auskunft gewährt eine zusammengesetzte Formel, welche es in Verbindung bringt mit dem Mandat des Königs, aber an sich von jener einfachen Formel verschieden ist. Sie kommt mehrfach vor und heisst vollständig, um ein Beispiel zu geben: Ad mandatum dni regis referente duce Teschinensi Conradus episcopus Lubecensis. Hier erscheinen als Referenten auch Persönlichkeiten, welche für sich allein nur per dominum urkunden. Mehrere Male der Herzog von Teschen, der Erzbischof und Kanzler Johann von Prag, Borez von Riesenburg, Thimo von Cholditz und Heinrich von Duba, der Herzog Heinrich von Brieg, der Landgraf von Leuchtenberg, der Münzmeister Kappler, Bischof Lambert von Bamberg, Borziwoi von Swinar, der Bischof Johann von Olmütz, einmal auch das Consilium werden als Referenten in dieser Formel genannt.

Unterrichtend über die Hauptfrage ist besonders folgende Urkunde. In Paris befindet sich die Abschrift eines Vertrages vom

¹⁾ Wie oben erwähnt, urkundet derselbe nur ausnahmsweise ad relationem (1396 April 15, Reichstagsacten II, Nr. 122), sonst immer per dn. B. de Ch. —

²⁾ Ueber einige Fälle, in denen er ad relationem urkundet, siehe unten S. 168.

12. Januar 1383, welchen König Wenzel mit Richard von England schloss. Dieselbe wurde mir aus der Sammlung der Mon. Germ. gütigst vom Herrn Geh. Rath Waitz mitgetheilt. Die Gegenurkunde Richards vom 10. März 1383, welche bis auf eine, die Kaiserkrönung betreffende Stelle wörtlich übereinstimmt, ist gedruckt bei Lünig Cod. Germ. dipl. I, 402. Die Unterschrift des Vertrages vom 12. Januar 1383 lautet nun: *De mandato domini regis referentibus et committentibus mihi dominis duce Thessinensi, Conrado Kreyer magistro curie, Thymone de Kolditz et Henrico de Duba presentem notulam nunciis domini regis Anglie, videlicet dominis Richardo Rouhale legum doctori, Nicholao de Sarnesvelt et Bernardo de Zedelicz dedi ego Conradus episcopus Lubicensis, facta prius collatione in presentia dicti domini ducis Thessinensis cum dictis nunciis per me episcopum predictum Prage in hospitio dictorum nunciorum. Anno domini 1383 12. die mensis Januarii. manu propria.*

Wir sehen also den Gang der Verhandlung deutlich vor uns. Der König hat den vier erst genannten Räthen befohlen (*ad mandatum regis*) den Vertrag abzuschliessen. Diese übertragen (*referunt et committunt*) dem Bischof von Lübeck, dem Protonotar, der jedenfalls auch den Entwurf redigirt hatte, ihn dem englischen Gesandten zu übergeben. Dies geschieht in Gegenwart des Herzogs von Teschen, und zugleich wird noch einmal durch Vergleichung (*collatione prius facta*) festgestellt, dass der übergebene Entwurf wörtlich mit der von den königlichen Räthen festgestellten Vorlage übereinstimmt.

Die zusammengesetzte Formel also unterscheidet sich von der einfachen: *ad mandatum regis* insofern, als der König zwar Kenntniss von der speciellen Sache hat und sie selbst anordnet, aber die Ausführung nicht direct dem Kanzler überträgt, sie vielmehr durch Mittelspersonen bewirken lässt.

Dieselbe Bedeutung muss *referre* in dem Substantiv *ad relationem* haben; es ist zu übersetzen mit: im Auftrage des und des. *Relatio* ist nicht, wie wir nach heutigem Gebrauche annehmen könnten, ein Bericht, der dem Könige erstattet wird, sondern der von dem königlichen Rathe oder dem sonstigen Bevollmächtigten an den Kanzleibeamten, welcher die Urkunde zu besorgen hat, ertheilte Auftrag. Sie richtet sich nicht nach oben an den König, sondern nach unten an den Kanzlisten.

Wir sahen oben, dass besonders Sigmund Huler und Borziwoi von Swinar sich dieser Formel bedienten, deren Aemter am ehesten

einen bestimmten Geschäftskreis, von dem wir uns ein ungefähres Bild machen können, umschlossen. Besonders lehrreich scheint mir noch eine Gruppe von Urkunden. Der König hatte 1390, um die Judenschuldentilgung durchzuführen, eine Commission ernannt, welche aus Bischof Lambert von Bamberg, Hinzko von Weissenburg, Hinzko Pflug und Borziwoi bestand, denen Wlachnico von Weitmül als Kanzleichef beigegeben war. Die von ihnen erlassenen Urkunden sind, soweit sie allgemeine Anordnungen und grössere Reiche betreffen, unterzeichnet: *ad mandatum tocius consilii Wlachnico de Weit.*, diejenigen, welche mehr einzelne Verhältnisse betreffen, *ad relationem* und von dem Notar Franz von Olmütz. Als Referenten erscheinen nun die oben Genannten theils einzeln, öfters jedoch 2 oder 3 von ihnen, und während sonst Bischof Lambert immer: *per dn. Lamb. ep. Bamb.* urkundet, hier in Verbindung mit den anderen thut er es: *ad relationem* ¹⁾.

Es scheint demnach die Annahme statthaft, dass das *ad relationem* nicht willkürlich und unterschiedslos von dem *per dominum* gebraucht wurde, sondern eine begrenzte Anwendung hatte. Wenigstens, wie ich wiederhole, in dem letzten Jahrzehnte der Regierung Wenzels; in den früheren Jahren wird diese Formel ohnehin seltener gebraucht. Meiner Ansicht nach gehört das *ad relationem* in den gewöhnlichen laufenden Geschäftsgang; es wird einmal gebraucht von Beamten, wenn sie über ihnen kraft ihres Amtes zustehende Angelegenheiten urkunden, gemäss der ihnen durch Uebertragung des Amtes verliehenen Befugniss. Es wird ferner gebraucht in Folge eines allgemeinen, weiter wirkenden Auftrages, wenn die Urkundenden vom Könige oder dessen Rathe eine allgemeine Instruction erhalten haben, die sie dann im Einzelnen durchführen.

Wie verhält es sich dann mit der Formel: *per dominum*? Das Eine sahen wir schon, dass sie sich besonders findet bei höher Gestellten, bei den grossen Landesbeamten und Baronen, bei fürstlichen Personen. Einmal soll also durch sie, schon in der äusseren Form, ein gewisser Ehrenvorzug ausgedrückt werden. Man könnte vielleicht auch an die Intervenienten der alten kaiserlichen Urkunden denken, aber die Aehnlichkeit ist nur eine sehr äusserliche. Ein grosser Theil der Herren, welche unter dieser Form urkunden,

¹⁾ Die zahlreichen Urkunden in den Reichstagsacten II, S. 290 ff.; vgl. oben S. 164 und S. 166.

waren königliche Rätthe, aber die Angelegenheiten, über welche sie urkunden, sind höchst verschiedener Art. Es scheint demnach, dass sie die Urkunde ertheilten nicht von Amtswegen, nicht in Folge eines laufenden Auftrages, sondern auf Grund königlicher Vollmacht für den speciellen Fall. Dabei ist noch eines zu beachten. Wenn wir die Unterschriften: *per dominum* verfolgen und die in ihr genannten Auftraggebenden zusammenstellen, erhalten wir häufig ein Bild der allgemeinen politischen Lage. Wenn wir den Herzog von Görlitz, die Markgrafen von Mähren genannt finden, so hängt das fast immer mit den allgemeinen Verhältnissen zusammen. Da ich dieselben in meiner Geschichte Wenzels dargestellt habe, brauche ich nicht noch einmal darauf einzugehen. Recht bezeichnend ist es z. B., wenn der Herzog Friedrich von Baiern unter der Urkunde steht, welche seinem Günstlinge Georg die Regalien von Passau ertheilt, wenn der Baron Heinrich von Neuhaus das Patent unterzeichnet, durch welches der gefangene König den böhmischen Landtag beruft ¹⁾).

Demnach lässt sich ein Unterschied zwischen den beiden Formeln kaum leugnen. Freilich ist es ganz unmöglich, denselben in jedem einzelnen Falle, bei jeder einzelnen Urkunde auch nachzuweisen und zu begründen. Dazu waren alle Verhältnisse des damaligen Staates noch viel zu sehr im Flusse, da die Competenzen kaum irgendwo fest abgegrenzt erscheinen. In vielen Fällen stand es daher gewiss in dem Belieben der Kanzlei, welche Formel gerade angewandt wurde. So konnte es geschehen, dass, wenn es fast immer heisst: *ad mandatum consilii*, doch daneben auch einmal: *ad relationem principum et consilii* erscheint ²⁾).

Eine eigene Stellung nimmt die Urkunde vom 21. Januar 1398 ein, mit welcher Wenzel den Streit zwischen Bischof Gerhard von Würzburg und den Städten seines Bisthums entscheidet ³⁾). Sie ist unterzeichnet: *ad relationem* von 11 genannten Herren, welche sämmtlich Böhmen und als des Königs Rätthe oder Günstlinge bekannt sind. Sie sind wohl nichts anderes, als das namentlich aufgeführte *consilium*, wenn dieses Wort auch dabei nicht gebraucht ist.

Ganz allein stehen zwei Urkunden vom 29. und 30. April 1390, die erste ein Privileg für Heinrich von Plauen, die zweite die Ein-

¹⁾ Meine Geschichte II, 128; 197. — ²⁾ Reichstagsacten I, Nr. 313. —

³⁾ Reichstagsacten III, Nr. 21.

richtung eines Landfriedensbezirkes betreffend, welche ausgestellt sind: *ad literam dominorum Henrici de Duba magistri curie et Cunradi Keppler Franc. Olom. can.* ¹⁾).

Durch Fickers Untersuchungen ist die Frage, wie weit das wirkliche Itinerar des Königs mit dem urkundlichen übereinstimmt, wieder in den Vordergrund getreten. Bei Wenzel kommen nur die Jahre in Betracht, in denen er grössere Reisen unternahm, also 1379—1384, 1386—1387, 1397—1398. Im ersten Bande meiner Geschichte etc. 429 ff. habe ich das urkundliche Itinerar bis zum Jahr 1387 zusammengestellt und dort bereits auch einige einschlagende Bemerkungen gemacht ²⁾. Im allgemeinen stimmt das urkundliche Itinerar mit dem wirklichen überein, aber wir haben doch eine Anzahl von Urkunden, an deren Ausstellungsorte sich der König an dem betreffenden Tage sicher nicht aufhielt. Zu den früher gegebenen Beispielen will ich einige hinzufügen.

Wiederholt ist der Urkunden gedacht worden, welche sich auf die Judenschuldentilgung vom Jahr 1390 beziehen. Der grösste Theil von ihnen ist zu Nürnberg ausgestellt, wo die abschliessenden Verhandlungen mit den Städten und Fürsten stattfanden. Es sind das sowohl Urkunden vom September 1390, als vom März 1391; gleichwohl wissen wir sicher, dass sich der König zu keiner dieser Zeiten in Nürnberg befand, dass er vielmehr in Böhmen verweilte ³⁾.

Die Strassburger Fehde vom Jahre 1392 wurde im Februar 1393 durch Borziwoi auf einem Tage in Hagenau beigelegt. Die Urkunde des Königs vom 4. Februar, welche die über die Stadt ausgesprochene Haft aufhebt, ist auch in Hagenau ausgestellt, während Wenzel nach wie vor in Prag verweilte ⁴⁾.

Es ist kein Zweifel, dass diese Urkunden ausgestellt wurden von königlichen Bevollmächtigten, dass sie den Ort, an welchem sie selbst verhandelten, in die Urkunde aufnahmen. Daneben findet auch der umgekehrte Fall statt; die am anderen Orte ausstellenden

¹⁾ Reichstagsacten II, Nr. 116 und ein ungedrucktes Original in Dresden. — ²⁾ Ein sehr schönes Beispiel, dass auch in fürstlichen Urkunden ein fingirter Ausstellungsort angegeben wird, ist der Fehdebrief Wilhelms von Geldern gegen Frankreich, der angeblich in Nimwegen ausgestellt ist, obgleich er unzweifelhaft in London geschrieben und im Einverständnisse mit dem englischen Könige entworfen wurde; vgl. meine Geschichte II, 89. — ³⁾ Meine Geschichte II, 108; Reichstagsacten II. S. 287 und 504. — ⁴⁾ Wencker De Ussurgeris 196.

Beamten nennen in der Urkunde den Ort, an welchem ihrer Meinung nach sich der König aufhielt. So stellten die nach England geschickten Gesandten dort am 2. Mai 1382 eine Urkunde aus, welche sie von Nürnberg datirten, weil sie wussten, dass der König die Absicht hatte, sich dorthin zu begeben; in der That aber war er an diesem Tage noch in Prag. Ebenso findet sich eine am 2. August 1387 angeblich in Prag ausgestellte Urkunde, während der König noch in Nürnberg verweilte; der königliche Bevollmächtigte, der in Italien urkundet, wusste das nicht so genau ¹⁾. Am schlagendsten ist die bereits oben angezogene Urkunde ²⁾, welche der Kanzler Albrecht, Erzbischof von Magdeburg, für den schismatischen Bischof von Cambray unter dem königlichen Majestätssiegel am 15. Juli 1395 angeblich in Karlstein ausstellte; sie ist auf der Reise nach Frankreich, vermuthlich also in Cambray selbst gegeben. In der Urkunde selbst wird mit klaren Worten ausgesprochen, dass Albrecht dazu das Recht hatte; nicht weil er seine Vollmacht überschritten, sondern weil der betreffende Bischof der kirchlichen Gegenpartei angehörte, wird die Urkunde widerrufen.

Man sieht demnach, dass der Grundsatz: »jede im Namen des Königs erlassene Urkunde sei zu betrachten als mit seinem Wissen und Willen, auf seinen ausdrücklichen Befehl ausgestellt« ³⁾, nur in der Theorie richtig ist. Wir haben demnach keine Gewähr, wie weit die Urkunden Wenzels wirklich unmittelbar an seinem Hofe, in seiner Kanzlei selbst geschrieben sind, es eröffnet sich hier ein weiter Spielraum für paläographische und diplomatische Untersuchungen, die freilich nur auf Grund der Originalien ausgeführt werden können und wohl sobald nicht zu erwarten sind.

Wir erfahren auch anderweitig, dass dem so war, dass königliche Bevollmächtigte nach ihrem Ermessen Urkunden ausstellten. Sie bedienten sich dazu entweder der sogenannten »Membranen«, bereits in der Kanzlei besiegelter Pergamente, auf welche sie dann den Text schrieben, oder sie führten geradezu das königliche Siegel mit sich. So heisst es schon im Jahre 1383, als es sich um die Vorbereitungen zur ersten grossen Judenschuldentilgung handelte, dass der König seine Räthe deswegen ins Reich geschickt hätte und dass diese des Königs »ingesigel« mit sich führten, um die Juden zu citiren ⁴⁾.

¹⁾ Meine Geschichte I, 428; 436. — ²⁾ Vgl. oben S. 155. — ³⁾ Vgl. oben S. 160. — ⁴⁾ Reichstagsacten I, Nr. 233.

— Ganz besonders beklagte sich Strassburg über den Unfug, der gegen die Stadt mit den Membranen getrieben würde. »Darzû gap der künig dem bischofe und den andern herren wol hundert carten: das worent birmenbriefe, do nûtschet an geschriben stunt und doch versigelt worent mit des küneges magestete ingesigel, daran der bischof und die anderen herren möhtent tûn schriben und manen mit grossen penen, wen sû wolten und wie sû woltent, also sû ouch dotent. also wurdent vil briefe hie in disem bistum geschriben mit worten und mit daten, also ob sû zû Prage geben werent ¹⁾. —

Eine wie grosse Verwirrung daraus gelegentlich entstehen konnte, liegt auf der Hand. So konnte es geschehen, dass ein königlicher Diener die Echtheit einer in Wenzels Namen (vermuthlich mit dem Ausstellungsorte Prag) gegebenen und von Borziwoi gegengezeichneten Quittung deswegen anzuzweifeln wagte, weil Borziwoi zur Ausstellungszeit nicht in Böhmen gewesen sei ²⁾. Bekanntlich haben diese Membranen eine Rolle gespielt bei Wenzels Absetzung. Unter den Gründen derselben heisst es: so hait er auch umbe geldes willen dicke und vil syne frunde gesand mit ungeschriben brieven, die man nennet membranen, dy doch mit syner majestat ingesigel besigelt waren, und mochten die frunde oder den die membranen wurden, under dem koniglichen sigel schriben, waz sy wolden etc.

Wie weit die Beschuldigung richtig ist, dass Wenzel diese Membranen für Geld verschachert habe, ist mehr als zweifelhaft, aber aus dem oben Gesagten geht hervor, wie leicht ein solches Gerücht entstehen konnte. Andererseits darf man nicht verkennen, dass sich dagegen kaum etwas einwenden lässt, wenn die Bevollmächtigten des Königs in seinem Namen urkundeten, vorausgesetzt, dass sie dabei ihre Pflicht nicht verletzten. Je mehr die mittelalterlichen Verhältnisse allenthalben, namentlich in der Regierung und Verwaltung der Länder, dahinschwanden, mussten neue Formen dafür gefunden werden. Dass das mancherlei Schwierigkeiten bot, dass die Vermischung des Alten und Neuen Störungen hervorrief, war nicht

¹⁾ Städtechroniken Strassburg II, 684. — ²⁾ Städtechr. Nürnberg I, 191. Der Brief gehört unzweifelhaft zu 1390, nicht 1397, wie ihn Hegel ansetzt. Ulman Stromer sagt hier allerdings: ez stund per mandatum hern Worsawoy. Es wäre das ein Ausnahmefall (vgl. oben S. 165), aber Stromer will damit wohl nur die Unterschrift Borziwois überhaupt bezeichnen.

zu verwundern. Der Fehler lag darin, dass man die alte äusserliche Form der Beurkundung durch den König selbst im Wesentlichen aufrecht hielt, ohne dass sie noch dem inneren Wesen entsprach. Wie in manchen anderen Fragen, so war auch hier Wenzel den Aufgaben seiner Zeit, die in jeder Hinsicht eine Uebergangszeit ist — und diese sind ja gerade die schwierigsten —, nicht gewachsen; er kam nicht hinaus über halbe Massregeln, unsicher hin und her tastend zwischen der Vergangenheit und der Zukunft. —